

„Armut macht krank“

Landtag debattiert über Kindergesundheit in Nordrhein-Westfalen

Auf Antrag der Fraktionen von CDU und FDP hat sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Kindergesundheit in Nordrhein-Westfalen stärken“ beschäftigt. Hintergrund ist die Kinder- und Jugend-Gesundheitsstudie, deren Ergebnisse das Berliner Robert-Koch-Institut gerade vorgestellt hat. Die Studie wertet Daten aus den Jahren 2003 bis 2006 aus und kommt zu dem Schluss, dass vor allem Kinder aus sozial schwachen Familien sowie Familien mit Zuwanderungsgeschichte stärkeren Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind: Übergewicht, Essstörungen und Rauchen sind deutlich häufiger anzutreffen als bei Kindern aus wohlhabenden Familien.

Rudolf Henke (CDU) erinnerte an die Fortschritte auf dem Gebiet der Kindergesundheit im vorigen Jahrhundert und warnte: „Wir sind nach Kräften dabei, sie wieder zu verschlechtern.“ Diskutiert werden müsste nun, ob Geldleistungen an Eltern das Existenzminimum besser sichern als Sachleistungen an die Kinder: „Kein Kind hat etwas davon, wenn der Vater das für ein Frühstück, ein warmes Mittagessen oder für die Mitgliedschaft im Sportverein gedachte Geld in Alkohol oder Zigaretten verwandelt.“ Eine kindorientierte Politik müsse nach ausreichenden Betreuungsmöglichkeiten für alle Kinder streben, den Zugang zu Kindertagesstätten sichern und kindgerechte Ganztagschulen ausbauen, um Lern- und Verhaltensdefizite auszugleichen. Die Vorschläge der Delegierten des Deutschen Ärztetages könnten Handlungsansätze sein – zum Beispiel die Idee, dass Eltern von Neugeborenen frühzeitig zu Hause aufgesucht und über Hilfsangebote informiert werden. Auch ein Meldesystem sei richtig, denn so könnten Jugendhilfe und Gesundheitsdienst erkennen, welche Eltern nicht mit ihrem Kind an Früherkennungsuntersuchungen teilnehmen.

Ulla Meurer (SPD) stellte fest, dass alle im Landtag eine weitere Vorsorgeuntersuchung zwischen U 7 und U 8 (zwischen dem 2. und 4. Geburtstag) wollten. Zum Fazit der Studie sagte sie, dem Armuts- und Reichtumsbericht 2007 könnte man entnehmen, dass Empfänger von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II monatlich 132 Euro für Nahrungsmittel, ihre Kinder 79 Euro zur Verfügung hätten: „Ein Euro für das Frühstück, ein Euro für das Mittagessen, 65 Cent für das Abendessen. Davon wird man noch nicht einmal satt. Heranwachsende schon gar nicht.“ Immer wieder würde über Kinderarmut geredet, nun müssten endlich Ergebnisse aus dem Handlungskonzept des Familienministers auf den Tisch und Konsequenzen vom Sozial- und Gesundheitsminister gezogen werden. „Die am schwersten wiegende Erkenntnis ist, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien nicht nur in einzelnen Bereichen von Gesundheit und Lebensqualität schlechtere Ergebnisse aufweisen, sondern in durchweg allen.“

Dr. Stefan Romberg (FDP), selbst Arzt, meinte: „Menschen sind individuell und was sie essen, was sie verkraften und was ihnen gut tut, ist auch

individuell.“ Ernster genommen werden müsste die Gesundheitserziehung, denn viele Eltern wüssten ja selbst nicht, was gesund ist. Sportunterricht dürfe nicht ausfallen und müsse ebenfalls ernster genommen werden. Die Regierung habe bereits begonnen, die Rahmenbedingungen in NRW so umzugestalten, dass Bildungsmängel und gesundheitliche Probleme als größte Armutrisiken Schritt für Schritt reduziert würden.

Barbara Steffens (GRÜNE) warf den Regierungsparteien vor, gerade die Strukturen abzuschaffen, die in dem Bericht gefordert würden: „Reihenuntersuchungen, die wir früher in den Schulen hatten, müssen wieder stattfinden. Sie haben das Geld der Beratungsstellen gekürzt, die sich mit Kindern beschäftigen haben, deren Mütter Opfer von häuslicher Gewalt waren. Sie wollen, dass in den Kneipen geraucht wird, wodurch schwangere Arbeitnehmerinnen belastet werden. Auch beim Flatrate-Saufen ist es so, dass die FDP freies Trinken für freie Bürger will“, kritisierte sie.

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) bekannte, der Zusammenhang von sozialer Lage und Gesundheit habe ihn nicht überrascht. Am Tag zuvor habe er bereits den „Sozialbericht NRW 2007“ erläutert, in dem ebenfalls festgestellt wird: Je höher der Bildungsabschluss, desto geringer die Armutsgefährdung. Da Armut wiederum zu ungünstigem Gesundheitsverhalten führe, habe die Landesregierung eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen. Stellvertretend nannte er das Präventionskonzept NRW mit den Landesinitiativen „Leben ohne Qualm“, „Gesundheit von Mutter und Kind“ und „Prävention von Übergewicht bei Kindern“, aber auch die „Bewegungsfreudige Schule“ und eine Verbesserung des Impfschutzes. ■

Zwischenstopp ...

... im Landtag: Auf ihrem Weg quer durchs Rheinland von Aachen nach Xanten zum 10. Tag der Begegnung im Archäologischen Park legte die Staffel der Kinder und Jugendlichen von über 30 Förderschulen des Landschaftsverbands Rheinland eine Rast in Düsseldorf ein. Hier wurden die 80 jungen Leute von Landtagspräsidentin Regina van Dinker begrüßt und zu einer kleinen Stärkung eingeladen. Auf den 21 Etappen wollen sie für die Integration von Menschen mit Behinderungen Verständnis wecken und für Chancengleichheit werben.

Foto: Schälte

